

Beschluss der Bundeskonferenz 2026

Mehr als gehört werden: Stärke für den BDAJ und ihre Untergliederungen durch politische Sprecher*innen

Antragsstellende: BDAJ Hagen und BDAJ Duisburg Hamborn

Die Bundeskonferenz des Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) beschließt:

Der BDAJ und seine Untergliederungen stärken seine politische Interessenvertretung strukturell und bauen gezielte Lobbyarbeit als festen Bestandteil, mit Politiker*innen der Verbandsarbeit vor Ort aus.

Zu diesem Zweck werden politische Sprecher*innen des BDAJ etabliert.

Hierzu wird der Bundesvorstand beauftragt,

- gezielt Personen als politische Sprecher*innen für den BDAJ zu gewinnen
- diese Personen ggf. fachlich zu qualifizieren und politisch für die Interessen des BDAJ zu schulen
- ihnen den Auftrag zu geben politische Arbeit und Präsenz für den Verband priorisiert wahrzunehmen
- bestehende politische Kontakte des Verbandes systematisch auszubauen
- Und nachhaltige Strukturen, wie zum Beispiel einem Beirat, einzuberufen.

Die politischen Sprecher*innen vertreten die politischen Positionen des BDAJ nach außen, begleiten politische Prozesse kontinuierlich und unterstützen den Bundesvorstand bei Gesprächen mit politischen Akteur*innen. Dabei ist es wichtig, dass die Sprecher*innen stetig im Austausch mit dem Bundesvorstand sowie den Landes-/Regionalverbänden sind.

Ziel ist es, die politische Präsenz des BDAJ dauerhaft zu sichern, seine Reichweite zu vergrößern und seine Interessen wirksam in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Politik findet gleichzeitig auf kommunaler Landes- und Bundesebene statt und beeinflusst sich dort wechselseitig. Daher ist für eine wirksame Lobbyarbeit politische Präsenz auf allen drei Ebenen erforderlich. Um Lobbyarbeit vor Ort zu stärken, werden vom BDAJ Workshops zum Thema politische Arbeit veranstaltet, an denen die Vertreter*innen der Ortsjugenden teilnehmen können.

Erläuterung

Der BDAJ Deutschland ist ein politischer Jugendverband mit klarer gesellschaftlicher Haltung. Politische Bildung, Interessenvertretung und die aktive Beteiligung an demokratischen Prozessen gehören seit vielen Jahren zum Selbstverständnis des Verbandes.

Der BDAJ engagiert sich unter anderem in den Bereichen Antirassismus, Demokratieförderung, religiöse Gleichberechtigung, Jugendpartizipation, Erinnerungsarbeit sowie in migrationspolitischen und integrationspolitischen Fragestellungen.

In den vergangenen Jahren konnte der BDAJ zahlreiche politische Erfolge erzielen. Dazu zählen die Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten, politische Stellungnahmen, Fachgespräche sowie die öffentliche Benennung von antialevitischem Rassismus als eigenständige Diskriminierungsform. Vor allem die Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus (FaTrex) öffnet dabei dem BDAJ wichtige Türen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass politische Anerkennung nicht automatisch zu Unterstützung führt. Viele Anliegen finden bislang nur begrenzt Eingang in konkrete politische Maßnahmen.

Politische Prozesse erfordern dauerhafte Präsenz, verlässliche Ansprechpartner*innen und strategische Interessenvertretung. Diese Arbeit kann langfristig nicht allein durch ehrenamtliche Vorstandsarbeit und Funktionär*innen geleistet werden.

Um politische Unterstützung wirksam nutzen zu können braucht es gezielte Lobbyarbeit. Sprecher*innen können diese Aufgaben übernehmen, indem sie aktuelle Entwicklungen fortlaufend begleiten, Ansprechpartner*innen sind und Positionen des Verbandes dauerhaft einbringen.

Der Verband verfügt über viele Mitglieder und ehemalige Funktionär*innen mit politischer Erfahrung. Dieses Potenzial soll künftig gezielt eingebunden werden, um politische Wirkung nachhaltig zu stärken.

Durch Etablierung dieser Struktur wird politische Arbeit breiter aufgestellt, Kontinuität über Amtszeiten hinweg ermöglicht und Bundesvorstände nachhaltig entlastet.

Beispiele

Aktuelle migrationspolitische Debatten, die Lage religiöser Minderheiten in der Türkei sowie internationale Konflikte wie der Nahost Konflikt verdeutlichen, dass politische Interessenvertretung dauerhaft und strukturiert erfolgen muss.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Großdemonstration am 15. März 2025 in Köln, an der über 30.000 Menschen teilnahmen, um auf den Genozid an den Alawit*innen aufmerksam zu machen. Trotz der hohen Beteiligung, breiter zivilgesellschaftlicher Unterstützung und intensiver Vernetzungsarbeit blieb politische Reaktion weitgehend aus. Auch mediale Aufmerksamkeit fand kaum statt.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass gesellschaftliche Akzeptanz, öffentliche Mobilisierung und fachliche Positionierungen allein nicht ausreichen. Ohne gezielte Lobbyarbeit, ohne kontinuierliche politische Kontakte und ohne direkte Ansprechpersonen in Parlamenten und Ministerien bleiben selbst große Proteste und berechtigte Anliegen wirkungslos.

Der BDAJ setzt sich konsequent für die Rechte von Minderheiten ein und ist mit zahlreichen Organisationen vernetzt. Damit diese Arbeit jedoch zu politischem Handeln führt, braucht es dauerhafte politische Präsenz und strukturierte Interessenvertretung.

Politisches Gehör, welches nachhaltig gestaltet werden muss, entsteht nicht durch einzelne Gespräche, sondern durch kontinuierliche Lobbyarbeit. Durch gezielt beauftragte Personen kann der BDAJ seine politische Stimme stärken und nachhaltige Unterstützung aufbauen.